

Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier

Initiative Meinungsfreiheit

www.Deutschland-Meinungsfreiheit.de

Denkanstoß zur Diskussion



## Erlaubte Meinung: Warum die Brandmauer gegen die AfD unsinnig ist!



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Die „Brandmauer“ ist eine **politische Selbstverpflichtung** von Parteien, nicht mit der AfD zu kooperieren (weder durch Koalitionen noch durch abgestimmtes parlamentarisches Handeln).

Demokratische Wahlen führen zu parlamentarischen Mehrheiten, diese Mehrheiten bilden Regierungen – und die Opposition wirkt im Parlament mit, solange sie nicht verboten ist. Das Parteiverbot ist in Deutschland bewusst extrem hochschwellig konstruiert: Über die Verfassungswidrigkeit politischer Parteien entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht.

Die Brandmauer wird dort unsinnig, wo aus dem legitimen Satz „Wir wollen mit dieser Partei nicht zusammen regieren“ der falsche Satz folgt: „Man darf es nicht einmal erwägen.“

## Was die jüngsten Wahlen zeigen

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 erhielt die AfD **20,8 % der Zweitstimmen (10.328.780 Stimmen)** und zog entsprechend der amtlichen Ergebnisse als große Fraktion in den Bundestag ein. Diese Größenordnung markiert keine „Randströmung“, sondern eine dauerhafte parlamentarische Kraft.

Noch plastischer zeigt sich das in Baden-Württemberg: Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Landtagswahl 2026 kommen die **Grünen** auf 30,2 % (56 Sitze), die **CDU** auf 29,7 % (56 Sitze), die AfD auf 18,8 % (35 Sitze), die SPD auf 5,5 % (10 Sitze).

Damit gilt die einfache Logik: **CDU und AfD haben 91 von 157 Sitzen – also eine rechnerische Mehrheit.** Ob man diese Mehrheit politisch nutzen will, ist eine politische Entscheidung.

## Was juristisch gilt und was nicht

Wer über Brandmauern spricht, spricht in Deutschland schnell auch über Gerichte, Verfassungsschutz und Verbote. Umso wichtiger ist die Trennlinie: **juristisch** versus **politisch**.

Ein Parteiverbot ist kein Instrument der Tagespolitik. Die Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages fassen nüchtern zusammen: Über ein Parteiverbot entscheidet das Bundesverfassungsgericht; antragsberechtigt sind auf Bundesebene Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung (bei Landesparteien zusätzlich die jeweilige Landesregierung).

Solange diese Schwelle nicht erreicht ist, gilt ein Kernprinzip: das **Parteienprivileg**. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen formuliert es in einem zentralen, oft zitierten Satz: Eine Partei „kann zwar politisch bekämpft werden“, soll aber „in ihrer politischen Aktivität von jeder Behinderung frei sein“; ein administratives Einschreiten gegen ihren Bestand ist ausgeschlossen, solange nicht das Bundesverfassungsgericht entschieden hat.

Diese Unterscheidung ist die juristische Ohrfeige für jede Brandmauer-Behauptung, die sich als „demokratische Pflicht“ tarnt: Ein Kooperationsverbot ist rechtlich **nicht vorgesehen** – es ist politisch freiwillig.

Die rechtliche Lage der AfD ist dabei nicht so eindimensional, wie Brandmauer-Parolen oft suggerieren:

- Als **Verdachtsfall** darf die AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden: Das Verwaltungsgericht Köln bestätigte 2022 die Verdachtsfall-Einstufung (und die Möglichkeit, dies öffentlich mitzuteilen) im Grundsatz; das OVG NRW bestätigte 2024 Beobachtung **und** öffentliche Unterrichtung; und das Bundesverwaltungsgericht machte 2025 die Urteile rechtskräftig, indem es Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision zurückwies.
- Gleichzeitig ist die bundesweite Hochstufung zur „**gesichert rechtsextremistischen Bestrebung**“ derzeit gerichtlich gebremst: Mit Beschluss vom 26.02.2026 **untersagte** das Verwaltungsgericht Köln dem Bundesamt für Verfassungsschutz, die AfD bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens (erste Instanz) so einzuordnen, zu behandeln und öffentlich so zu bezeichnen. Besonders bemerkenswert: Das Gericht verpflichtete die Bundesrepublik im Eilverfahren sogar, bestimmte Aussagen aus der Pressemitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 2. Mai 2025 zu löschen.

Diese Eilentscheidung wurde vom Verwaltungsgericht Köln juristisch sorgfältig begründet und ist nun rechtswissenschaftliche Realität: Die Bezeichnung „**gesichert rechtsextremistisch**“ ist für das Bundesamt für Verfassungsschutz im Hinblick auf die AfD-Bundespartei vorläufig untersagt.

**Durch den Kölner Beschluss bricht das Kartenhaus der Ausgrenzung zusammen:**

**a) Mangelhafte Überzeugungskraft des BfV-Gutachtens:** Juristen bezeichnen das zugrunde liegende Material als „zu dünn“; die Belege sind nicht ausreichend, um das Gesamtbild der Partei bundesweit als „gesichert rechtsextremistisch“ zu qualifizieren.

**b) Höchstwahrscheinlich wird das BfV-Gutachten auch im Hauptsacheverfahren nicht überzeugen, da das Gericht es bereits sorgfältig und ausführlich im Eilverfahren gewürdigt hat.**

**c) Dramatische Folgen für die Glaubwürdigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und Sicherheitsbehörden:** Wenn ein Gericht einer Behörde im Eilverfahren nicht nur bestimmte Behauptungen untersagt, sondern auch die Löschung konkreter öffentlichkeitswirksamer Aussagen anordnet, nimmt das zwangsläufig Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung.

**d) Das Kartenhaus der Brandmauer ist als Abgrenzungs-Narrativ gescheitert:** Ein Teil der Brandmauer-Begründung hat darauf gebaut, dass die AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ bezeichnet werde. Fällt diese Etikettierung weg (wenn auch vorläufig), bricht die kommunikative Grundlage vieler Ausgrenzungs-Argumente zusammen.

Das Verwaltungsgericht Köln hat im Eilverfahren ausdrücklich die bundesweite „gesichert“-Einordnung untersagt und festgestellt, dass für die AfD eine verfassungsfeindliche Grundtendenz, die das Gesamtbild beherrscht, gegenwärtig nicht festgestellt werden könne.

## Warum eine starre Brandmauer der Demokratie schadet

Dass Parteien sagen „Wir wollen nicht mit euch regieren“, ist legitim. Brandmauer-Politik wird aber dort politisch unsinnig, wo sie als Denkverbot gehandhabt wird: als Behauptung, bestimmte demokratische Mehrheiten dürften nicht einmal als Möglichkeit erkannt werden.

**Baden-Württemberg illustriert das Problem: CDU und AfD haben rechnerisch eine Mehrheit. CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel könnte zum Ministerpräsidenten gewählt werden.**

Die Brandmauer ist ein instrumenteller Machtfaktor von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linken, da die Brandmauer die Verhandlungsstrategie der CDU massiv beschränkt, obwohl CDU und AfD bestimmte Überschneidungen in ihren Parteiprogrammen haben.

Friedrich Merz bekräftigte nach der Wahl, es werde keine Kooperation mit der AfD geben. Das ist legitim – aber es reduziert die verhandlungsstrategischen Möglichkeiten der CDU. Die Brandmauer schließt eine parlamentarische Mehrheit aus, die rechnerisch existiert, und schwächt damit die Verhandlungsmacht der CDU gegenüber anderen Partnern.

Der zweite Schaden ist kommunikativ: Es ist demokratiepolitisch unklug, Millionen Wähler pauschal zu stigmatisieren. Selbst ein Innenministerium, das einen Landesverband als „gesichert rechtsextremistisch“ einstuft, hält ausdrücklich fest: **Nicht die Wähler** seien damit automatisch Extremisten. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Wähler über eine willkürliche Brandmauer enttäuscht und frustriert sind, da die von ihnen gewählten Volksvertreter in den Parlamenten zu wenig an politischen Entscheidungen beteiligt werden und teilweise auch von politischen Rollen wie dem Vorsitz von parlamentarischen Kommissionen etc. willkürlich ausgeschlossen werden.

Dies verstärkt die Oppositionsrolle der AfD und führt zugleich dazu, dass sie stets eine weiße Weste behalten kann, da sie an Regierungsentscheidungen nicht beteiligt wird – diese Kombination führt insgesamt im Laufe der Jahre zu immer mehr Wählerstimmen für die AfD – also dem Gegenteil von dem, was die Parteien Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und die CDU eigentlich erreichen wollten. Aus logischen Gründen kann dies im Laufe der nächsten Jahre zu absoluten Mehrheiten der AfD in Parlamenten führen.

**All dies sind logische Argumente für den Abriss der Brandmauer gegenüber der AfD.**

## Warum man mit AfD-Politikern diskutieren muss

Im Folgenden eine Auswahl von Argumenten aus Demokratietheorie, parlamentarischer Praxis und PR-Psychologie, *warum* man mit AfD-Vertretern diskutieren sollte, anstatt nur über sie zu reden.

### Demokratie- und Repräsentationsargumente

1. **Parlament = Debattenmaschine:** Ein Parlament ist dafür da, über Gesetze zu streiten. Wer den offenen Schlagabtausch verweigert, entkoppelt das Parlament von einer seiner Grundfunktionen – der öffentlichen Gesetzgebung mit geregelter Streit.

2. **Respekt vor den Wählenden: Über 10.000.000 Bürger haben bei der letzten Bundestagswahl die AfD gewählt.** Ihren Vertretern pauschal den Dialog zu verweigern, fühlt sich für die mehr als zehn Millionen Wähler wie eine kollektive Ohrfeige an. Der Souverän hat gesprochen – und verlangt, dass *auch* AfD-Positionen im Parlament diskutiert werden. Natürlich heißt das nicht unkritisches Abnicken: Unterschiedliche Ansichten dürfen (und sollen) hart *in der Sache* ausgetragen werden. Aber wie alle Volksvertreter haben auch AfD-Abgeordnete ein Recht darauf, dass man ihre Meinung anhört und gute Vorschläge konstruktiv prüft. Mehr als zehn Millionen Menschen die kalte Schulter zu zeigen, ist demokratisch gesehen kein guter Kundenservice.
3. **Konflikte verschwinden nicht durch Schweigen:** Probleme werden nicht leiser, wenn man sie ignoriert. Sie verlagern sich nur in andere Kommunikationsbereiche.
4. **Diskurs als Instrument der Demokratie:** Offener Schlagabtausch wirkt belebend. Wer nicht debattiert, überlässt die Deutungshoheit den Lautesten. Eine Demokratie ohne Streitkultur ist wie eine Olympiade ohne sportliche Wettbewerbe.
5. **Streitfähigkeit als Stärke:** Demokratie zeigt ihre Stärke durch Streitlust. Wir können nicht gewinnen, indem wir dauerhaft schweigen – wir können gewinnen, indem wir die besseren Argumente liefern.

### Aufklärungs- und Qualitätsargumente

6. **Widersprüche aufdecken:** Diskussionen zwingen zur Klarheit. Wer Rede und Antwort stehen muss, kann sich schwerer um konkrete Fragen drücken – etwa zu Finanzierung, Umsetzung oder Rechtsgrundlage eines Vorschlags. Ungereimtheiten werden transparent und können besprochen werden.
7. **Behauptungen überprüfen:** In der Debatte lassen sich Zahlen, Quellen und Zuständigkeiten einfordern, anstatt dass unwidersprochene Behauptungen im Raum stehen bleiben. Empörung allein ersetzt keine Evidenz.
8. **Nachfragen entzaubern falsche Lösungen:** *Fragen sind der natürliche Feind jeder falschen Lösung.* Je konkreter die Nachfragen, desto weniger Platz bleibt für Nebelkerzen.
9. **Nachvollziehbarkeit durch Gegenargumente:** Sachliche Gegenargumente machen sichtbar, *warum* ein schlechter Vorschlag falsch ist oder welche Risiken er birgt. Bürgerinnen und Bürger können so die Ablehnung besser nachvollziehen: „Ah, **deshalb** geht das nicht.“

### Strategische Argumente (Wähler, PR und „Marketing-Fälle“)

10. **Boycott als Märtyrer-Macher:** Ein Gesprächsboykott liefert der AfD die ideale Opfer-Erzählung: „Man redet nicht mit uns!“ Dieses Märtyrer-Narrativ mobilisiert Anhänger.
11. **Verbots-Glanz:** Aufmerksamkeit ist die Währung der politischen Kommunikation. Totales Ignorieren macht eine Partei nicht unsichtbar – eher attraktiver als *verbotene Frucht*. Was tabu ist, wirkt erst recht reizvoll.
12. **Tabu-Reiz entkräften:** Je normaler das Diskussions-Format, desto weniger „Skandal“ haftet jeder Äußerung an. Wenn eine kontroverse Aussage nicht sofort

Schnappatmung auslöst, sondern sachlich widerlegt wird, verliert sie den Sensationswert.

13. **Debatte erzwingt Leistungsdruck:** Wer im Parlament mitredet, wird an seinen *Argumenten* gemessen, nicht nur an der Lautstärke des Protests. Diskussion zwingt jede Partei, konkrete Vorschläge zu bringen, statt nur Unzufriedenheit zu verwalten.
14. **Wähler zurückholen durch Themenbearbeitung:** Protestwähler gewinnt man nicht zurück, indem man Funkstille zu ihren Anliegen bewahrt. Wer unzufriedene Bürger überzeugen will, muss die zugrunde liegenden Themen aufgreifen und bessere Lösungen anbieten – nicht die Probleme wegmoderieren. Beispielsweise wird über die Forderungen der AfD nach Wiederherstellung von Freiheit und Meinungsfreiheit in Deutschland in den Parlamenten und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kaum gesprochen.

### Institutionelle Argumente (Parlamentspraxis und Verantwortung)

15. **Einbindung erzeugt Verantwortung:** Sobald eine Partei in parlamentarische Prozesse eingebunden ist – sei es nur durch gemeinsame Ausschussarbeit – steht sie unter Druck, auch Verantwortung zu übernehmen. Wer mitgestaltet, muss Kompromisse schließen und Details ausarbeiten (und trägt sie dann mit).
16. **Transparenz durch Mitarbeit:** In Ausschüssen, Anhörungen und Berichten müssen alle Parteien Farbe bekennen. Positionen liegen schriftlich vor, können zitiert und geprüft werden. Das schafft Transparenz und Verbindlichkeit *schwarz auf weiß*.
17. **Blamagen bremsen Radikalisierung:** Beteiligung führt zwangsläufig auch mal zu Fehlern und Peinlichkeiten – und kleine Blamagen wirken Wunder als Radikalisierungsbremse. Jede Partei, die lange genug Politik macht, tritt mal ins Fettnäpfchen. Das erdet und relativiert die ganz harten Parolen.
18. **Gleichbehandlung befriedet:** Wenn alle Fraktionen nach den gleichen Regeln behandelt werden, sinkt das Gefühl von „Wir gegen die“. Nicht weil plötzlich alle beste Freunde wären, sondern weil Professionalität und Regeln Druck aus dem Kessel nehmen.

### Gesellschaftliche Argumente (Deeskalation und sozialer Zusammenhalt)

19. **Dialog reduziert Entmenschlichung:** Solange man *nur* übereinander spricht, sinkt die Hemmschwelle, die Gegenseite als Feindbild zu sehen. Redet man *miteinander*, bleibt zumindest die Grundanerkennung als Mensch und Gesprächspartner bestehen.
20. **Konfliktkultur erhalten:** Konfliktkompetenz ist ein knappes Gut in jeder Gesellschaft. Die Politik sollte diese Ressource pflegen, nicht verkümmern lassen. Wer Streit nur noch meidet, verlernt ihn.
21. **Ventilfunktion im Plenum:** Das Parlament ist der Ort, an dem gesellschaftliche Konflikte unter geregelten Bedingungen ausgetragen werden können. Besser, Emotionen entladen sich in einer hitzigen Debatte im Bundestag, als ungefiltert auf der Straße.
22. **Zuhören ≠ aufgeben:** Zuhören heißt nicht zustimmen. Man kann gegenteilige Positionen anhören und sie danach dennoch entschieden ablehnen – dann aber mit fundierter Begründung.

23. **Gesichtswahrung durch Teilhabe:** Wenn kontroverse Anliegen offen debattiert wurden, fällt es vielen Bürgern leichter, auch eine Niederlage zu akzeptieren. Sie haben gesehen, dass ihre Sicht gehört und ernst genommen wurde – das Ergebnis war dann eben anders. Ohne Diskussion bleibt bei Verlierern oft der bittere Eindruck, ignoriert worden zu sein.

## Politisches Handwerk (Gesetzesqualität und bessere Lösungen)

24. **Gute Ideen können überall stecken:** Manchmal ist ein Vorstoß einer angeblich extremen Partei sehr gut. Eine gute Idee wird nicht schlechter, nur weil sie von der *anderen Seite* kommt – so wie eine schlechte Idee nicht besser wird, nur weil sie von Freunden kommt.

25. **Schlechte Argumente können mit besseren widerlegt werden:** Die beste Widerlegung eines Vorschlags ist oft ein eigener, besserer Vorschlag. Wer eine Partei inhaltlich stellen will, muss zu ihren Forderungen Alternativen bieten, die bei den Leuten besser ankommen. Debatte spornt diesen Wettbewerb der Ideen an.

26. **Keine Politik nach Marke:** Wenn automatisch „Jeder Vorschlag von Partei X ist Unsinn“ gilt, wird Politik zum sinnentleerten Markenkrieg. Vorschläge sollte man nach Kriterien beurteilen – *nicht* nach dem Logo, das auf dem Antrag klebt.

27. **Legitimität durch faire Prüfung:** Wer jeden Antrag, egal von wem, ernsthaft auf Herz und Nieren prüft, erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen. Bürger sehen: Da ging es fair zu, keiner wurde von vornherein ausgeschlossen. Das beugt Politikverdrossenheit vor.

28. **Lernen durch Widerspruch:** Selbst harte Oppositions-Redner können helfen, Schwachstellen der Regierungspolitik aufzudecken. Ein kluger Regierungschef hört seinen schärfsten Kritikern gut zu – nicht um ihnen Recht zu geben, sondern um eigene blinde Flecken zu finden.

## Warum reflexhaftes Ablehnen schadet (und wie's besser geht)

Wenn Vorschläge **pauschal abgelehnt** werden, nur weil sie von der angeblich falschen Partei kommen, wirkt das auf viele Bürgerinnen und Bürger wie: „*Wir sind gegen Ideen – nicht gegen Probleme.*“ Das ist demokratiebezogen falsch und darüber hinaus ungeschickt, sowohl sachlich als auch strategisch. Wie also könnte man es besser machen?

## Fairness-Regel für alle Parteien

- **Gute Ideen aufnehmen:** Wenn eine Oppositionspartei eine sinnvolle Idee hat, kann man sie ruhig übernehmen – oder nobler: gemeinsam einen überparteilichen Antrag daraus machen.
- **Schlechte Ideen inhaltlich zerlegen:** Ein Vorschlag sollte sachlich fundiert abgeschmettert werden, und zwar wenn er falsch ist – *nicht* nur weil er vom politischen Gegner kommt.
- **Quellenangabe wie bei der Hochschule:** Wer einen Vorschlag der Konkurrenz übernimmt, darf das offen zugeben (Quellenangabe wie in einer Hochschule). Das beruhigt die Gemüter und zeigt, dass es um Lösungen geht, nicht um Eitelkeiten.

## Das ungeplante Marketing-Programm: Oppositionsrolle und Tomatenwurf

In der Opposition ist symbolisches **Tomatenwerfen** ein beliebter Sport. Doch wenn eine Partei dauerhaft als „extremer Gegner“ wahrgenommen wird, stärkt das nur ihr Image als unbequeme *Edel-Opposition*. Sprich: Eine Gruppe, die nie mitspielen darf, kann sich in der Zuschauerrolle wunderbar von der Verantwortung für Probleme und schwierige Entscheidungen rein halten.

Viele dieser Argumente sprechen dafür, die AfD auch in Koalitionen mit in die Regierungsverantwortung zu nehmen.

Auch strategisch ist dies aus Sicht der anderen Parteien klug: Hier greift das satirische Modell vom **Weißer-Weste-Index (WWI)**: Dieser Index steigt, solange man nie an Kompromissen beteiligt wird – die Weste bleibt blütenweiß, weil man ja nie schmutzige Kompromiss-Finger bekommen hat. Der **Weißer-Weste-Index** sinkt hingegen rapide, sobald man an Details, Regierungsverantwortung und Abstimmungen beteiligt wird. Mit anderen Worten: Wer mal regiert hat, hat Flecken abbekommen und weniger Glanz als Märtyrer und Oppositionsparteien.

## Fallbeispiel: Corona-Enquete-Kommission 2025 und die Fairness-Frage

Ein Beispiel aus der Praxis: Am 8. September 2025 konstituierte sich die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie“ im Bundestag. Die Vorsitzende (CDU) wurde einstimmig gewählt. **Über den AfD-Vorschlag** für den stellvertretenden Vorsitz wurde danach abgestimmt – die AfD-Kandidatin erhielt nur 7 von 25 Stimmen und wurde nicht gewählt.

Sachlich bedeutet das: Teile der Öffentlichkeit sehen ein solches Vorgehen als unfair oder taktisch motiviert – selbst wenn es formal zulässig ist. Genau dieser Eindruck geht politisch nach hinten los.

Die bewusste Ausgrenzung der AfD durch eine Brandmauer ist politisch unklug und eine ungewollte Marketingkampagne der anderen Parteien für die AfD: Die AfD wird dadurch immer mehr Wählerstimmen erhalten, bis sie die absolute Mehrheit in Parlamenten erhält und dadurch in Regierungsverantwortung kommt. Interessant, dass die anderen Parteien nicht merken, dass sie ungewollt Wahlhelfer der AfD sind.

## Quellen

Bundestagswahl 2025 – Endgültiges Ergebnis (Die Bundeswahlleiterin):  
<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html>  
[https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29\\_25\\_endgueltiges-ergebnis.html](https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html)

Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 – Vorläufiges amtliches Ergebnis (Beteiligungsportal BW / Landtag BW):  
<https://beteiligungsportal.baden->

[wuerttemberg.de/de/service/pressemitteilung/pid/vorlaeufiges-amtliches-ergebnis-der-landtagswahl-2026](https://www.wuerttemberg.de/de/service/pressemitteilung/pid/vorlaeufiges-amtliches-ergebnis-der-landtagswahl-2026)

Vorläufige Ergebnisse (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg):

<https://www.statistik-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/vorlaeufige-ergebnisse-der-landtagswahl-2026-in-baden-wuerttemberg/>

VG Köln – Beschluss 26.02.2026 (13 L 1109/25) im Volltext, inkl. Tenor und Löschanordnung:

[https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/vg\\_koeln/j2026/13\\_L\\_1109\\_25\\_Beschluss\\_20260226.html](https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/vg_koeln/j2026/13_L_1109_25_Beschluss_20260226.html)

VG Köln – Pressemitteilung 26.02.2026:

[https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/05\\_26022026/index.php?print=1](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/05_26022026/index.php?print=1)

Verdachtsfall-Rechtsprechung:

VG Köln – Pressemitteilung 08.03.2022:

[https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2022/06\\_08032022/index.php](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2022/06_08032022/index.php)

OVG NRW – Pressemitteilung 13.05.2024:

[https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01\\_archiv/2024/23\\_240513/index.php](https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2024/23_240513/index.php)

OVG NRW – Bekanntgabe der Urteilsgründe 02.07.2024:

[https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01\\_archiv/2024/33\\_240702/index.php](https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2024/33_240702/index.php)

BVerwG – Pressemitteilung Nr. 54/2025 (Rechtskraft der OVG-Urteile):

<https://www.bverwg.de/pm/2025/54>

OVG NRW – Urteil 13.05.2024 (5 A 1218/22) – Parteienprivileg-Zitat u.a.:

[https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/ovg\\_nrw/j2024/5\\_A\\_1218\\_22\\_Urteil\\_20240513.html](https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/ovg_nrw/j2024/5_A_1218_22_Urteil_20240513.html)

Parteiverbotsverfahren – Grundlagen:

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD-3-021-21, PDF):

<https://www.bundestag.de/resource/blob/836420/cde95f85427ad492bc03d3baafdf91be/WD-3-021-21-pdf-data.pdf>

Bundesverfassungsgericht – Parteiverbotsverfahren:

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/DasBundesverfassungsgericht/Verfahrensarten/Parteiverbotsverfahren/partieverbotsverfahren\\_node.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/DasBundesverfassungsgericht/Verfahrensarten/Parteiverbotsverfahren/partieverbotsverfahren_node.html)

Einordnung/Analyse:

Deutschlandfunk – „Gericht bremst Verfassungsschutz: Das bedeutet der Entscheid zur AfD-Einstufung“ (28.02.2026):

<https://www.deutschlandfunk.de/afd-einstufung-verfassungsschutz-verwaltungsgericht-100.html>

Legal Tribune Online – Einordnung VG Köln (26.02.2026):

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/131110925-vg-koeln-stoppt-hochstufung-afd-als-gesichert-rechtsextrem>

Reuters – Merz zur Nicht-Kooperation (09.03.2026):

<https://www.reuters.com/world/europe/germanys-merz-rules-out-cooperation-with-far->

[right-afd-after-state-election-2026-03-09/](#)

Brandmauer als politisches Instrument (Forschung):

WZB Discussion Paper SP V 2024-503 (PDF):

<https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2024/v24-503.pdf>

MIK Brandenburg – FAQ/Einstufungsvermerk (14.08.2025):

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/service/presse/pressemitteilungen/anlage-pm-14-08-2025/>

Steht Brandmauer nach AfD-Urteil vor Einsturz? - X

[https://x.com/FAZ\\_Politik/status/2029189662124716463](https://x.com/FAZ_Politik/status/2029189662124716463)

Parteiverbotsverfahren

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/DasBundesverfassungsgericht/Verfahrensarten/Parteiverbotsverfahren/partieverbotsverfahren\\_node.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/DasBundesverfassungsgericht/Verfahrensarten/Parteiverbotsverfahren/partieverbotsverfahren_node.html)

Verfassungsschutz darf AfD als Verdachtsfall einstufen

[https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2022/06\\_08032022/index.php](https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/Archiv/2022/06_08032022/index.php)

Einzelfragen zu Ersatzorganisationen bereits verbotener ...

<https://www.bundestag.de/resource/blob/836420/cde95f85427ad492bc03d3baafdf91be/WD-3-021-21-pdf-data.pdf>

Oberverwaltungsgericht NRW, 5 A 1218/22

[https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/ovg\\_nrw/j2024/5\\_A\\_1218\\_22\\_Urteil\\_20240513.html](https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/ovg_nrw/j2024/5_A_1218_22_Urteil_20240513.html)

Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als ...

[https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01\\_archiv/2024/33\\_240702/index.php](https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/01_archiv/2024/33_240702/index.php)

Pressemitteilung Nr. 54/2025 vom 22.07.2025

<https://www.bverwg.de/pm/2025/54>

Gericht: AfD nicht gesichert rechtsextrem - vorerst

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/afd-gericht-einstufung-rechtsextrem-100.html>

Jasper von Altenbockum: Eine Wende im AfD-Bild (Kommentar)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/steht-brandmauer-nach-afd-urteil-vor-einsturz-110846890.html>

Stand: 14.03.2026.

**BITTE KOPIEREN UND VERBREITEN:**

Dieser Text und die Satire-Abbildung stehen – soweit keine Rechte Dritter betroffen sind – unter der Public-Domain-Widmung CC0 1.0. Das bedeutet: Die Nutzung ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

**Sie dürfen den Inhalt oder die gesamte Datei ohne Rückfrage kopieren, teilen, abdrucken, veröffentlichen, übersetzen und weiterverbreiten, auch zu kommerziellen Zwecken.**

Je häufiger dieser Text weitergegeben wird – in sozialen Medien, auf Webseiten, in Zeitungen, Zeitschriften oder Newslettern – desto besser für die **Förderung der Diskussion über die Meinungsfreiheit in Deutschland und der Europäischen Union.**

Rechte Dritter (z. B. Marken-, Zitat-, Persönlichkeitsrechte) bleiben unberührt.